



T A G E S O R D N U N G
32. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Termin	Donnerstag, 10.11.2022, 16:00 Uhr
Ort	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2.	Genehmigung der Niederschrift	
2.1.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.09.2022	
2.2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.10.2022	
3.	Anliegen der Jugend	
4.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1.	Mitteilungen	
4.1.1.	Sitzungstermine des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2023	VO/2022/11573
4.2.	Anfragen	
4.2.1.	AM Jens Zimmermann (CDU): Geplante Streichung einer Stelle im Bereich Streetwork	VO/2022/11595
4.2.2.	AM Jens Zimmermann (CDU): Aktueller Versorgungsgrad von Jugendeinrichtungen im Bereich St. Lorenz Nord	VO/2022/11589
4.3.	Antworten	
5.	Berichte	
5.1.	mündl. Bericht: Vertretungsregelung in der Kindertagespflege	

5.2.	mündl. Bericht: Inklusive Kinder- und Jugendarbeit / Inklusive Spielplätze	
6.	Beschlussvorlagen	
6.1.	Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses zum Gutachten über die Sachkosten in der Kindertagespflege	VO/2022/11570
6.2.	Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 60.000,00 Euro für das Modellprojekt "Sozialräumliche Jugendhilfeplanung in Holstentor- Nord"	VO/2022/11567
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1.	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018	VO/2019/07824- 02
	<i>Zur abschließenden Beratung.</i>	
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern	
9.	Verschiedenes	
10.	Ende des öffentlichen Teils	

Nichtöffentlicher Teil:

11.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
12.	Berichte	
13.	Beschlussvorlagen	
14.	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	
-----	--	--



Vorsitz	Jörn Puhle
Sachbearbeiter:in	Sabine Schulz
Telefon	122-5137
E-Mail	sabine.schulz@luebeck.de
Datum	2. November 2022

E I N L A D U N G

Sehr geehrte Damen und Herren,

zu der 32. Sitzung des Jugendhilfeausschusses lade ich Sie herzlich ein.

Termin:	10.11.2022, 16:00 Uhr
Ort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck

Aufgrund der weiterhin hohen Infektionszahlen im Zusammenhang mit Covid 19, wird das Tragen eines qualifizierten Mund-Nasen-Schutzes für diese Sitzung in den Innenräumen des Rathauses empfohlen. An den Plätzen kann dieser abgenommen werden.

Sollten die Vorbesprechungen nicht in den jeweiligen Fraktionsräumen im Rathaus stattfinden können, wird um Rückmeldung an ausschuss.jugendhilfe@luebeck.de gebeten.

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2.	Genehmigung der Niederschrift	
2.1.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 01.09.2022	
2.2.	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 06.10.2022	
3.	Anliegen der Jugend	
4.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4.1.	Mitteilungen	
4.1.1.	Sitzungstermine des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2023	VO/2022/11573
4.2.	Anfragen	
4.2.1.	AM Jens Zimmermann (CDU): Geplante Streichung einer Stelle im Bereich Streetwork	VO/2022/11595

4.2.2.	AM Jens Zimmermann (CDU): Aktueller Versorgungsgrad von Jugendeinrichtungen im Bereich St. Lorenz Nord	VO/2022/11589
4.3.	Antworten	
5.	Berichte	
5.1.	mündl. Bericht: Vertretungsregelung in der Kindertagespflege	
5.2.	mündl. Bericht: Inklusive Kinder- und Jugendarbeit / Inklusive Spielplätze	
6.	Beschlussvorlagen	
6.1.	Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses zum Gutachten über die Sachkosten in der Kindertagespflege	VO/2022/11570
6.2.	Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 60.000,00 Euro für das Modellprojekt "Sozialräumliche Jugendhilfeplanung in Holstentor-Nord"	VO/2022/11567
7.	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7.1.	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018 <i>Zur abschließenden Beratung.</i>	VO/2019/07824-02
8.	Anträge von Ausschussmitgliedern	
9.	Verschiedenes	
10.	Ende des öffentlichen Teils	

Nichtöffentlicher Teil:

11.	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
12.	Berichte	
13.	Beschlussvorlagen	
14.	Verschiedenes	

Öffentlicher Teil:

15.	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	
-----	---	--

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jörn Puhle

**► Nr. VO/2022/11573
öffentlich**

Lübeck, 17.10.2022

Bearbeitung: Sabine Schulz (E-Mail: sabine.schulz@luebeck.de Telefon: 122-5137)**Sitzungstermine des Jugendhilfeausschusses für das Jahr 2023**

Der turnusmäßige Sitzungstag des Jugendhilfeausschusses ist auf den 1. Donnerstag eines jeden Monats (ausgenommen Schulferientage) festgesetzt. Daraus ergeben sich für das Kalenderjahr 2023 die unten aufgeführten - mit der Verwaltung und dem Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses abgestimmten - und festgelegten Sitzungstermine.

Ausschusstermine jeweils 16:00 Uhr	Sitzungsort / Bemerkungen
05.01.2023 (Ausfall)	<i>Weihnachtsferien: 23.12.2022 - 07.01.2023</i>
02.02.2023	VZM 7. Stock Großer Sitzungssaal
02.03.2023	VZM 7. Stock Großer Sitzungssaal
06.04.2023 (Ausfall)	<i>Osterferien: 06.04. - 22.04.2023</i>
04.05.2023	VZM 7. Stock Großer Sitzungssaal
01.06.2023	VZM 7. Stock Großer Sitzungssaal
06.07.2023	VZM 7. Stock Großer Sitzungssaal
03.08.2023 (Ausfall)	<i>Sommerferien: 17.07. - 26.08.2023</i>
07.09.2023	VZM 7. Stock Großer Sitzungssaal
05.10.2023	VZM 7. Stock Großer Sitzungssaal
02.11.2023 (Verlegung)	<i>Nordische Filmtage Lübeck: 01.11. - 05.11.2023</i>
09.11.2023	VZM 7. Stock Großer Sitzungssaal
07.12.2023	VZM 7. Stock Großer Sitzungssaal

► **Nr. VO/2022/11595**
öffentlich

Lübeck, 26.10.2022

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

AM Jens Zimmermann (CDU): Geplante Streichung einer Stelle im Bereich Streetwork

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
10.11.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anfrage:

Uns erreichte die Nachricht, dass zum Jahr 2025 eine aktuelle Stelle im Bereich Streetwork gestrichen werden soll.
Im Hinblick auf bisherige Berichte der Verwaltung, insbesondere auch bei der geplanten Verzahnung zwischen standortgebundener Jugendarbeit und Streetwork am künftigen Standort Meesenplatz/ Marli, erscheint die geplante Streichung nicht nachvollziehbar.

Wie ist der Entscheidungsprozess abgelaufen und welche Sachgründe liegen zu dieser Entscheidung vor?

Es wird um schriftliche Beantwortung gebeten.

Begründung:

Anlagen:

► **Nr. VO/2022/11589**
öffentlich

Lübeck, 25.10.2022

Anfrage

Bearbeitung: Susanne Schaefer (E-Mail: schaefer@cdu-fraktion-luebeck.de Telefon: 122-1061)

AM Jens Zimmermann (CDU): Aktueller Versorgungsgrad von Jugendeinrichtungen im Bereich St. Lorenz Nord

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
10.11.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Kenntnisnahme

Anfrage:

Wie ist der aktuelle Versorgungsgrad und wie hoch wird der tatsächliche und voraussichtlich künftige Bedarf von Jugendeinrichtungen / Offene Kinder- und Jugendarbeit / Streetworker im Bereich St. Lorenz Nord eingeschätzt?

Es wird um schriftliche Beantwortung gebeten.

Begründung:

Anlagen:



► Nr. VO/2022/11570
öffentlich

Lübeck, 17.10.2022

Vorlage -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:
4.041.3 Finanzielle Förderung der Kindertagesbetreuung

Bearbeitung: Sven Beesel (E-Mail: sven.beesel@luebeck.de Telefon: 122-4274)

Aufhebung des Bürgerschaftsbeschlusses zum Gutachten über die Sachkosten in der Kindertagespflege

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
24.10.2022	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
10.11.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
22.11.2022	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.11.2022	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Der unter TOP 10.12.2 in der Bürgerschaft am 24.09.2020 gefasste Beschluss: "Die Verwaltung erstellt zur Ermittlung der Sachkosten in der Kindertagespflege ein Gutachten", wird aufgehoben.

2. Dem Jugendhilfeausschuss ist über das Ergebnis des laufenden Evaluationsprozesses des Landes Schleswig-Holstein zum Teilbereich Sachkosten in der Kindertagespflege zu berichten.

Verfahren:

Bereiche/Projektgruppen	Ergebnis
1.300 - Recht	Keine rechtlichen Bedenken

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:

Ja

Nein- Begründung:

Beteiligung mittelbar durch die KEV / SEV

Die Maßnahme ist:

neu

freiwillig

vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

- | | |
|-------------------------------------|---------------|
| <input type="checkbox"/> | Ja (Anlage 1) |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Nein |

Auswirkung auf den Klimaschutz:

- | | |
|-------------------------------------|------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Nein |
| <input type="checkbox"/> | Ja – Begründung: |

Begründung der Nichtöffentlichkeit
gem. § 35 GO:
Begründung:

Die Bürgerschaft hatte am 24.09.2020 im Zusammenhang der Beratung zur Anpassung der Richtlinie Kindertagespflege in der Hansestadt Lübeck den Antrag des Jugendhilfeausschusses angenommen, dass die Verwaltung ein Gutachten über die Sachkosten in der Kindertagespflege erstellen solle.

Von diesem Gutachten soll aus folgenden Gründen abgesehen werden:

a) Das Land passt die gesetzlichen Mindestwerte für die Sachaufwandpauschale jährlich auf Vorschlag des eingerichteten Fachgremiums zum Januar eines jeden Jahres an die wirtschaftlichen Entwicklungen an (§ 47 i.V.m § 56 Abs. 1 Nr. 5 KitaG). Damit werden schleswig-holsteinische Entwicklungen berücksichtigt. Ein Kritikpunkt an dem damaligen Gutachten war, dass es sich nicht ausschließlich auf Schleswig-Holstein bezog.

b) Das Land führt derzeit eine umfangreiche Evaluation des KitaG durch, so auch zu den Sachkosten in der Kindertagespflege. Das Ergebnis dieser Evaluation soll nun abgewartet werden, bevor über eine zusätzliche Prüfung etwaiger Lübecker Besonderheiten entschieden wird.

c) Sollte – wie 2020 beschlossen - ein speziell auf Lübeck abgestelltes Gutachten zu der Empfehlung kommen, mehr als den gesetzlichen Standard zu zahlen, bestünde die Gefahr, dass dies aufgrund des geltenden Vertrags zum Konsolidierungsfonds ggf. kompensationspflichtig wäre.

Das mit dem Beschluss vom 24.09.2020 verfolgte Ziel, für Lübeck zu einer rechtssicheren und auskömmlichen Sachkostenpauschale zu kommen, lässt sich also auch ohne das beschlossene Gutachten erreichen. Ein Verzicht auf ein Lübecker Gutachten vermeidet zudem die Gefahr widersprüchlicher Aussagen zu den Feststellungen des Landes.

Die Kreiselterner- / Stadtelternervertretung sowie der Verein Kindertagespflege sind im Vorwege beteiligt worden. Eine Stellungnahme des Vereins Kindertagespflege ist als Anlage beigefügt.

Anlagen:

Stellungnahme des Vereins Kindertagespflege

Senatorin Monika Frank



► Nr. VO/2022/11567
öffentlich

Lübeck, 17.10.2022

Vorlage -öffentlich-

Verantwortliche Bereiche:
4.041 - Fachbereichs-Dienste

Bearbeitung: Thorsten Drescher (E-Mail: thorsten.drescher@luebeck.de Telefon: 122-7542)

Annahme einer Geldspende der Possehl-Stiftung in Höhe von 60.000,00 Euro für das Modellprojekt "Sozialräumliche Jugendhilfeplanung in Holstentor-Nord"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
24.10.2022	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
10.11.2022	Jugendhilfeausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
22.11.2022	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
24.11.2022	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Geldspende der Possehl Stiftung in Höhe von 60.000,00 Euro für das Modellprojekt "Sozialräumliche Jugendhilfeplanung in Holstentor-Nord" wird angenommen.

Verfahren:

Bereiche/Projektgruppen	Ergebnis
1.201 – Haushalt und Steuerung	Zustimmung

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:

Ja

Nein- Begründung:

Die Beteiligung von jungen Menschen ist nicht notwendig.

Die Maßnahme ist:

neu

freiwillig

vorgeschrieben durch:

Finanzielle Auswirkungen:

<input checked="" type="checkbox"/>	Ja (Anlage 1)
<input type="checkbox"/>	Nein

Auswirkung auf den Klimaschutz:

<input checked="" type="checkbox"/>	Nein
<input type="checkbox"/>	Ja – Begründung:

Begründung der Nichtöffentlichkeit
gem. § 35 GO:

Begründung:

Es handelt sich um eine Geldspende in Höhe von 60.000,00 Euro für das Modellprojekt "Sozialräumliche Jugendhilfeplanung in Holstentor-Nord".

Die Durchführung des Projektes beinhaltet eine Situations- und Bestandsanalyse von Jugendhilfeleistungen im Stadtbezirk unter Beteiligung von Fachkräften sowie jungen Menschen und ihren Familien. Auf dieser Basis sollen sowohl Qualitätsentwicklungsimpulse zu Kooperation und Übergängen als auch hinsichtlich der bestehenden Dienste und Einrichtungen erarbeitet werden (vgl. VO/2021/10146).

Bei dieser Spende entstehen keine Folgeaufwendungen. Es ist mit einer Fertigstellung des Projektes in 2023 zu rechnen.

Es handelt sich bei dieser Spende um eine Mehrfachspende. Für die Mehrfachspende gilt nach Abschnitt II. der Dienstanweisung zur Umsetzung von § 76 Abs. 4 GO:

Leistet ein/e Geber:in in einem Haushaltsjahr mehrere Spenden, deren Gesamtwert die Wertgrenze für die Zuständigkeit als Einzelspende überschreitet, so entscheidet vom Zeitpunkt der Überschreitung der Wertgrenze das unter Zugrundelegung der Höhe des Gesamtwertes der Spenden zuständige Organ über die Annahme oder Vermittlung der Spenden.

Mit der Spende über 60.000,00 Euro erreicht die Spendensumme der Possehl-Stiftung im Jahr 2022 einen Gesamtwert von 3.674.471,26 Euro. Im Zuge des Mehrfachspendenverfahrens ist die Bürgerschaft nach der am 21.03.2013 von ihr beschlossenen Delegationsregelung für die Annahme dieser Einzelspende über 60.000,00 Euro zuständig.

Anlagen:

Förderzusage der Possehl-Stiftung

Senatorin Monika Frank

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN-Fraktion
in der Bürgerschaft
der Hansestadt Lübeck**



► **Nr. VO/2019/07824-02**
öffentlich

Lübeck, 29.08.2019

Antrag

Bearbeitung: Tim-Alexander Reclam (E-Mail: tim-alexander.reclam@luebeck.de Telefon: 122-1041)

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Ergänzungsantrag zu VO/2019/07824: Jugendhilfeplanung Jugendarbeit in Lübeck 2018

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
29.08.2019	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Antrag:

Die Bürgerschaft möge beschließen,

die Beschlussvorlage des FB4 (VO/2019/07824) wird um die folgenden Maßnahmen ergänzt:

- 1) Einrichtung einer „Gender-Fachstelle“ für die Bereiche Jugendarbeit, Schule, Kitas, Jugendhilfe
- 2) Einrichtung einer Beratungsstelle für queere Jugendliche, welche über einen Budgetvertrag an den Jugendverband lambda::nord vergeben wird
- 3) Einrichtung eines zentralen „Mädchen-Zentrums“, zusätzlich zu den bestehenden Einrichtungen, welche vorerst mit zwei Stellen ausgestattet wird.

Die zu veranschlagenden Mittel werden entsprechend haushaltsmäßig geordnet.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Anlagen :

Vorsitzende/r
der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen